

**DRINGLICHE ANFRAGE** von Franz Cahannes (SP, Zürich) und Peter Vonlanthen (SP, Oberengstringen) und Mitunterzeichnende

betreffend Bilaterale Verträge und Vollzug der flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit

---

Infolge des zustandegekommenen Referendums stehen wir vor einer erneuten wichtigen europapolitischen Abstimmung. Es ist offensichtlich, dass die Gegner dieser Abkommen auf der Klaviatur der Emotionen, Unsicherheiten und Ängste spielen werden und damit ein bedeutendes Segment von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ansprechen können. Insbesondere die Angst vor Lohndumping und Arbeitsplatzverlust könnte den Gegnern in die Hand spielen. Diesen Ängsten kann aktiv entgegengetreten werden. Mit den flankierenden Massnahmen wurde das nötige gesetzliche Instrumentarium zur Verfügung gestellt. Es geht nun um dessen Anwendung, denn jedes Gesetz ist nur so gut wie es vollzogen wird. Es ist die Aufgabe der politischen Behörden, unmissverständlich zu kommunizieren, dass sie dieses Instrumentarium strikte vollziehen wollen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die einleitend beschriebene Sorge und ist er bereit, sich aktiv für einen raschen und griffigen Vollzug der flankierenden Massnahmen einzusetzen?
2. Wie weit sind die Arbeiten amtsintern gediehen, um den Vollzug der flankierenden Massnahmen zu sichern?
3. Bis zu welchem Zeitpunkt wird die tripartite Kommission einberufen und in welche Struktur soll sie eingegliedert werden?
4. Wie stellt sich die Regierung die Kommunikation zwischen Sozialpartnern, bestehenden paritätischen Kommissionen, Vollzugsbehörden des Arbeitsgesetzes und tripartiten Kommissionen vor?
5. Welche Massnahmen gegen Schwarzarbeit sind geplant und wie stark wird die Bekämpfung dieses Übels mit den Aufgaben der tripartiten Kommission vernetzt?
6. Ist die Regierung bereit in den Bereichen Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen in Fällen von Missbrauch rasch und unbürokratisch das Sonderquorum anzuwenden?
7. Dürfen die Arbeitnehmenden davon ausgehen, dass auch Normalarbeitsverträgen von der Zürcher Regierung nicht allzuvielen Steine in den Weg gelegt werden?
8. Wie definiert der Regierungsrat die Begriffe "missbräuchlich" und "wiederholt" im Zusammenhang mit Lohndumping?

Franz Cahannes  
Peter Vonlanthen

S. Moser  
H. Attenhofer  
U. Keller  
J. Kosch  
G. Petri  
F. Müller  
Th. Müller  
B. Volland  
U. Annen  
R. Aeschbacher  
L. Waldner  
J. Tremp  
S. Brändli  
L. Lehmann  
S. Ziegler

L. Pillard  
Ch. Schürch  
P. Oser  
B. Hunziker  
P. Filli  
W. Germann  
E. Hollenstein  
E. Derisiotis  
W. Spieler  
H.P. Amstutz  
D. Jaun  
H. Buchs  
R. Bapst  
Ch. Spillmann  
St. Schwitter

J. Gübeli  
C. Galladé  
B. Marty  
M. Bäumle  
E. Guyer  
St. Dollenmeier  
P. Reinhard  
R. Ziegler  
R. Götsch  
H. Fahrni  
K. Schreiber  
E. Ziltener  
S. Rusca  
M. Bornhauser  
L. Dürr

R. Gurny  
A.-M. Riedi  
D. Vischer  
M.-Th. Büsser  
S. Kamm  
R. Munz  
N. Bolleter  
C. Balocco  
W. Scherrer  
R. Keller  
L. Illi  
E. Arnet  
B. Egg  
E. Lally